

Streitfall Kissinger-Professur an der Uni Bonn

Marvin Mendyka

An der Uni Bonn startet zum kommenden Wintersemester die „Henry Kissinger Professur für Völkerrechtsordnung und Internationale Beziehungen“. Der Lehrstuhl wird finanziert vom Auswärtigen Amt und dem Verteidigungsministerium. Sowohl die Benennung als auch die Finanzierung sorgen bei zahlreichen Studierenden für heftiges Kopfschütteln – die Unileitung hingegen versucht das Thema totzuschweigen. Obwohl der Protest inzwischen seit einem Jahr andauert, hält man es nicht für nötig, sich der Kritik öffentlich zu stellen.

Zu den KritikerInnen gehört unter anderem die „Initiative Zivile Uni Bonn“. Der Zusammenschluss von unterschiedlichen GegnerInnen der Kissinger-Professur veröffentlichte Ende März eine Erklärung, in der die Namensgebung scharf kritisiert wird. In der Erklärung heißt es: „Henry Kissinger war als Nationaler Sicherheitsberater (1969–1975) und Außenminister (1973–1977) maßgeblich für die Außenpolitik der Vereinigten Staaten verantwortlich. Bei den von Kissinger geplanten und überwachten Bombardements in Vietnam, Kambodscha und Laos starben Hunderttausende Menschen, die ökologischen Folgen des massiven Bomben- und Gifteinsatzes führen bis heute zu Fehlbildungen bei Neugeborenen. Während des von ihm nachdrücklich unterstützten Putsches 1973 in Chile gegen eine demokratisch gewählte Regierung wurden 3000 Menschen ermordet und Tausende gefoltert oder ins Exil getrieben. Kissinger befürwortete den ‚Schmutzigen Krieg‘ in Argentinien, während dem 30.000 Menschen spurlos verschwanden. Kissinger gab der indonesischen Führung sein Einverständnis im Namen der USA für einen Angriffskrieg gegen Osttimor, der mindestens 100.000 Timoresen das Leben kostete (bei einer Gesamtbevölkerung von 800.000).“

Auch wird die Finanzierung durch das Verteidigungsministerium abgelehnt. Dazu heißt es weiter: „Die überwiegende Finanzierung des geplanten Kissinger-Lehrstuhls durch das Verteidigungsministerium lässt direkte und indirekte Einflussnahme befürchten und gefährdet die universitäre Autonomie. Wir sprechen uns

klar dagegen aus, dass Lehrstühle durch das Bundesministerium der Verteidigung oder die Bundeswehr finanziert werden. Forschung, Lehre und Studium an der Universität sollen zivilen und friedlichen Zwecken dienen.“

Die Erklärung der „Initiative Zivile Uni Bonn“ ist seit der Veröffentlichung als Petition online und wurde mittlerweile 1.700 Mal unterzeichnet. Auch der wissenschaftliche Beirat von attac wandte sich wenige Wochen später mit einer Erklärung gegen die Einrichtung der ungeliebten Professur. Zu den Erstunterzeichnern der attac-Petition zählen über 100 Wissenschaftler. Zu diesen zählen prominente WissenschaftlerInnen wie die PolitikwissenschaftlerInnen Elmar Altvater, Christoph Butterwegge, Birgit Mahnkopf, Wolfgang Merkel sowie der Soziologe Stephan Lessenich.

Die Unileitung versuchte der Kritik an der Professur stets auszuweichen. Um an Podiumsdiskussionen teilzunehmen, habe man keine Zeit. Eine Antwort auf einen Beschluss des Studierendenparlaments vom Oktober 2013 beantwortete Rektor Fohrmann erst ein halbes Jahr später – mehr als dürftig. „Mit Befremden“ habe man die Sorge des Studierendenparlaments zur Kenntnis genommen, „das Finanzierungsmodell könne die Freiheit von Wissenschaft und Lehre gefährden [...]“.

Für wirkliches Befremden dürften viel eher Aussagen des Uni-Pressesprechers gesorgt haben. So konnte man wenige Wochen später im Kölner Stadt-Anzeiger folgendes lesen: „Man sei politisch-weltanschaulich neutral, sagte Pressesprecher



Kissinger-Professur: Umstrittener Namensgeber, umstrittene Finanziierer, umstrittener Lehrstuhlinhaber. Foto: Wikipedia

Andreas Archut im Gespräch mit dem ‚Kölner Stadt-Anzeiger‘. Dass dann auch nichts gegen eine Wladimir-Putin-Professur sprechen würde, bestätigte der Pressesprecher: ‚Wenn es jemanden gibt, der das Geld dafür gibt, würden wir eine Wladimir-Putin-Professur einrichten, die Frage ist jedoch sehr theoretisch.‘ Opportunismus pur.

Dass mit der Einrichtung der Kissinger-Professur weniger Forschung und Lehre „beflügelt“ werden sollen, wie es in der Bekanntgabe im Frühjahr 2013 hieß, sondern viel eher ein politisches Signal gesetzt werden soll, könnte unterdessen kaum offensichtlicher sein. Nicht nur, dass Verteidigungsministerium und Auswärtiges Amt jährlich 300.000 € für einen Lehrstuhl spendieren, um ihre ureigensten Aufgabenbereiche zu „untersuchen“. Schaut man sich an, was der kommende Lehrstuhlinhaber James D. Bindenagel in der Vergangenheit von sich gegeben hat, ist die politische Stoßrichtung der Stiftungsprofessur leicht auszumachen. Der ehemalige US-Diplomat schrieb in seinem Aufsatz „Afghanistan: The German Factor“ aus dem Jahr 2010, „die USA müssen deutsche Politiker dabei unterstützen, den Widerstand gegen militärische Kampfeinsätze in der Bevölkerung zu überwinden“.

Zwar wandte sich die „Initiative Zivile Uni Bonn“ in einem offenen Brief an Bindenagel, doch eine Antwort steht noch aus. Scheinbar will auch er der Diskussion lieber aus dem Weg gehen. Wegducken wird an der Uni Bonn nun einmal groß geschrieben.

Marvin Mendyka ist Student an der Uni Bonn und studentischer Mitarbeiter beim Netzwerk Friedenskoooperative.